



Recht und Justiz in der Geschichte Berlins — Eine Chronik (Teil 5) —

Das Beispiel der siegreichen Oktoberrevolution in Rußland beflügelte auch die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Soldaten in Deutschland. Die Novemberrevolution 1918 führte zum Sturz der Hohenzollernmonarchie und zu bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten für die Volksmassen. Jedoch konnten Großbourgeoisie und Militaristen die Grundlagen ihrer ökonomischen und politischen Macht in bürgerlich-parlamentarischen Formen behaupten.

■ *In der Weimarer Republik erwies sich Berlin, dessen Einwohnerzahl nach der Bildung der neuen Stadtgemeinde (1920) auf 4 Millionen angewachsen war, als Zentrum weitreichender Entscheidungen im Klassenkampf. Die Arbeiterklasse stellte sich im Bündnis mit bürgerlich-demokratischen und humanistischen Kräften der sich verschärfenden Reaktion des Finanzkapitals, das sich auf den von ihm beherrschten Staatsapparat stützte, entgegen. Das „rote Berlin“ wurde zu einem Anziehungspunkt fortschrittlicher Kräfte weit über Deutschland hinaus.*

Unter den Bedingungen der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus verschärfte sich die Widersprüche des deutschen Imperialismus und die Krise der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform. Dem Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung suchten die Kräfte der Reaktion durch die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur zu begegnen. Die von der KPD erstrebte Einheitsfront aller Antifaschisten kam nicht zustande. Die faschistische Diktatur in Deutschland bedeutete auch für Berlin den schwersten Rückschlag in seiner Geschichte. Die Beseitigung aller bürgerlich-demokratischen Institutionen und die Ausübung einer blutigen Terrorherrschaft kennzeichnen den Niedergang von Recht und Justiz in der Hauptstadt.

Berlin war aber zugleich ein Zentrum des heroischen opferreichen antifaschistischen Widerstandes. Große Widerstandsorganisationen kämpften für den Sturz der faschistischen Diktatur, für die Verhinderung und — nach der faschistischen Aggression gegen die Völker Europas — für die Beendigung des Krieges, für die Schaffung einer friedliebenden demokratischen Republik.

28. 1.—4.2.1918 Politischer Massenstreik von 400 000 Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen unter weitgehend durch die Spartakusgruppe bestimmten Lösungen. Bildung eines Arbeiterrates aus gewählten Betriebsvertrauensleuten. Ein Streikprogramm rief zur Beendigung des Krieges, zur Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin sowie zur Demokratisierung des Wahlrechts und der Staatseinrichtungen auf. Tausende von Arbeitern wurden durch außerordentliche Kriegsgerichte zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

7.9.1918 Die Reichskonferenz der Spartakusgruppe beschloß ein Programm zur Durchführung der Volksrevolution, in dessen Mittelpunkt die sofortige Beendigung des Krieges, der Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten sowie die Zerschlagung des Imperialismus als Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Revolution standen.

28.9.1918 Der Reichstag nahm Gesetze zur teilweisen Einführung des Verhältniswahlrechts und zum Übergang zur Regierungsverantwortung vor dem Parlament an. Mit diesen parlamentarischen Reformen sollte die revolutionäre Massenbewegung abgefangen werden.

9.11.1918 Beginn der Revolution mit Generalstreik und bewaffneten Massendemonstrationen unter Führung der Spartakusgruppe, revolutionärer Obleute und anderer Linker. In Berlin wurden Schloß, Polizeipräsidium, zahlreiche Regierungsgebäude und Zeitungsredaktionen besetzt. Reichskanzler Prinz Max von Baden verkündete die Abdankung des Kaisers und übertrug das Reichskanzleramt an den Führer der Mehrheitssozialisten Friedrich Ebert, der an die Spitze des Rates der Volksbeauftragten mit 3 SPD- und 3 USAP-Mitgliedern trat. Karl Liebknecht proklamierte die sozialistische

deutsche Republik. Als Bedingung für seinen Eintritt in die Regierung stellte er die Übertragung der gesamtpolitischen Macht an die Räte.

10.11.1918 Die unter dem Einfluß rechter SPD-Führer stehende Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte bestätigte den Rat der Volksbeauftragten. Der alte kaisertreue Magistrat blieb weiter im Amt. Als neuer Polizeipräsident wurde Emil Eichhorn (USAP), als neuer Stadtkommandant der Garnison Otto Wels (SPD) eingesetzt.

11.11.1918 Die Spartakusgruppe konstituierte sich zum Spartakusbund. Damit begann die unmittelbare Vorbereitung für die Schaffung einer selbständigen marxistischen Partei.

16.—21.11.1918 Reichsrätekongreß in Berlin. Die Vertreter der Räte, die in ihrer Mehrheit eine sozialistische Entwicklung wollten, sich aber über die Möglichkeiten hierzu im unklaren waren, sprachen sich mit 344 gegen 98 Stimmen für die Nationalversammlung aus. Sie trafen damit in der Grundfrage der Revolution die Entscheidung zugunsten des bürgerlichen Staates. 250 000 - Berliner Arbeiter demonstrierten vor dem Tagungsgebäude; sie traten für die Forderungen des Spartakusbundes ein: für eine sozialistische Regierung, gestützt auf die Räte-macht.

30.12.1918—1.1.1919 Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) in Berlin.

4.1.1919 Die preußische Regierung entthob den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn seines Amtes.

5.1.1919 Einen gemeinsamen Aufruf der Zentrale der KPD, der Berliner Leitung der USPD und der revolutionären Obleute der Berliner Betriebe zur Protestdemonstration gegen die Amtsenthebung von Emil Eichhorn leisteten Hunderttausende Werktätige Folge. Es wurde ein Revolutionsausschuß aus Vertretern der USPD, der KPD, der Volksmarinedivision, des Marineausschusses, der Eisenbahner und der Berliner Garnison gebildet. Er erließ einen Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen die konterrevolutionären Truppen unter dem Befehl der Regierung Ebert/Scheidemann. Die Mehrheit des Berliner Proletariats trat am 6.1. in den Generalstreik.

15.1.1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden von konterrevolutionären Truppen verhaftet und ermordet.

19.1.1919 Unter den Bedingungen des konterrevolutionären Terrors fanden Wahlen zur Nationalversammlung statt. In Berlin erhielten USPD und SPD 710 000 Stimmen gegenüber 426 000 Stimmen für die bürgerlichen Parteien. Die KPD lehnte die Beteiligung an der Wahl ab.

5.—12.3.1919 Kampf der Berliner Arbeiter, Soldaten und Matrosen gegen den Terror von 30 000 Noske-Soldaten, dem rund 1 200 Menschen zum Opfer fielen.

11. 3.1919 Ermordung von 29 Angehörigen der Volksmarinedivision in der Berliner Divisionskaserne.

31.7.1919 Annahme der Reichsverfassung durch die in Weimar tagende Nationalversammlung. Die sog. Weimarer Verfassung, die am 14. 8.1919 in Kraft trat, widerspiegelte die Errichtung der Republik als Herrschaftsform des Monopolkapitals in der Wirkung des Klassenkräfteverhältnisses nach der Novemberrevolution: Der verfassungsrechtlichen Verankerung von Grundrechten sowie der Erweiterung der Befugnisse des Reichstages in der Gesetzgebung und hinsichtlich der Verantwortung der Regierung wurde die Stellung des Reichspräsidenten als Oberhaupt der gesamten Exekutive mit den Diktaturvollmachten des Art. 48 entgegengestellt. Der aus dem Kaiserreich übernommene reaktionäre Beamtenapparat wurde gegenüber demokratischen Einflüssen abgeschirmt. Die Justiz erlangte in den politischen Auseinandersetzungen eine Schlüsselfunktion.

23.2.1919 Erste Stadtverordnetenwahl nach dem Verhältniswahlssystem. Es wurden 120 Stadtverordnete der Arbeiterparteien gegenüber 100 der bürgerlichen Parteien gewählt.